



Berlin, 23. September 2009

Stellungnahme der Lesbenberatung Berlin zum Bündnis gegen Homophobie

Am heutigen Mittwoch, den 23.09.2009, lädt der LSVD Berlin-Brandenburg verschiedene Vereine und Verbände sowie Vertreter_innen aus Wirtschaft und Verwaltung ins Rote Rathaus ein, um ein „Bündnis gegen Homophobie“ zu gründen. Ziel dieses Berliner Bündnisses ist es, Homophobie als gesamtgesellschaftliches Problem zu thematisieren und „...gemeinsam jeglicher Form von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung entgegenzutreten...“. Als Bündnispartner_innen hat der LSVD ausgewählte „Repräsentant_innen“ aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft sowie die Berliner Polizei eingeladen.

Die auffällig medienwirksame Zusammensetzung der geladenen Gründungsmitglieder wirft jedoch die Frage auf, welche Politik dieses Bündnis verfolgen will. Die Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung, dessen Fachbereich „gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ seit 20 Jahren aktive Netzwerkarbeit zum Thema Homophobie betreibt, ist lediglich als Gast eingeladen; die Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration, die sich in den letzten Jahren verstärkt um einen Dialog in Bezug auf die Akzeptanz gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensweisen bemüht haben, nehmen gar nicht erst teil. Ebenso verhält es sich mit Vertreter_innen des Antidiskriminierungsnetzwerkes Berlin (ADNB), mit GLADT e.V., LesMigraS-Lesbenberatung und ReachOut, die alle über langjährige Erfahrung in der praktischen Antidiskriminierungsarbeit verfügen und sich gegen Homo- und Transphobie einsetzen. Keine_r von ihnen wurde als Gründungsmitglied oder Gast eingeladen. Insofern drängt sich die Frage auf, ob der LSVD mit Hilfe dieses Bündnisses seine Politik der Polarisierung unterstreichen und seine Verhandlungsposition stärken möchte.

Seit Jahren problematisiert der LSVD das Thema Homophobie im Zusammenhang mit religiösem, explizit islamischem, Fundamentalismus und fordert Respekt von den Migrant_innen-Communities. Doch diese Haltung lässt weder Dialogbereitschaft noch den Wunsch nach Zusammenarbeit erkennen. Vielmehr wird der von der deutschen Mehrheitsgesellschaft augenscheinlich konsensual getragene Wertekanon an Migrant_innen herangetragen und die Akzeptanz desselben vorbehaltlos eingefordert. Dass Homophobie auch ein Problem der sogenannten gesellschaftlichen Mitte ist, wird zwar erwähnt, aber nicht konsequent ins Zentrum der Aufmerksamkeit gestellt.

LesMigraS

Lesbenberatung Berlin e.V.
Kulmer Str. 20a
10783 Berlin

www.lesmigras.de
info@lesmigras.de

Fon: +49.30. 21 91 50 90
Fax: +49.30. 21 91 70 09

Vor diesem Hintergrund bezweifeln wir, dass das zu gründende Bündnis zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der in der Mehrheitsgesellschaft herrschenden Homophobie führt und auf Dialog setzt. Vielmehr vermuten wir, dass durch eine solche Bündnispolitik eine Einigkeit demonstriert werden soll, die einerseits die Durchsetzungsfähigkeit der Mitgliederinteressen stärkt und andererseits die vermeintliche Handlungsunwilligkeit derjenigen, die nicht beteiligt sind, unterstreicht.

In diesem Sinne fordern wir die Teilnehmenden des Bündnisses und die Öffentlichkeit auf, Homophobie als ein gesamtgesellschaftliches Phänomen zu betrachten, wachsam gegenüber einer Politik der Polarisierung und Pauschalisierung zu sein, um zu verhindern, dass in einem mehrheitlich herkunftsdeutsch besetzten Bündnis rassistische Vorurteile und bestehende diskriminierende Strukturen reproduziert werden.

Saideh Saadat-Lendle,
Leiterin Antidiskriminierungs-/ Antigewaltarbeitsbereich

LesMigraS

Lesbenberatung Berlin e.V.
Kulmer Str. 20a
10783 Berlin

www.lesmigras.de
info@lesmigras.de

Fon: +49.30. 21 91 50 90
Fax: +49.30. 21 91 70 09